LANDTAGSWAHL AM 13. MÄRZ

Von Bildung profitieren Alle!

Freistellungen für Qualifizierungen werden aber nicht von jeder Partei befürwortet

Das fordert die IG Metall:

Gute Bildung ermöglicht den Beschäftigten die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben; die Industrie braucht gut ausgebildete Fachkräfte zum Überleben. Deshalb setzt sich die IG Metall dafür ein, den Einzelnen entsprechend persönlicher Begabungen von der Kita bis zum Beruf zu fördern und die verschiedenen Bildungswege durchlässiger zu gestalten. Das Bildungszeitgesetz ist ein wichtiger Schritt, ebenso die Einführung der Gemeinschaftsschule und die Abschaffung von Studiengebühren. Beim Thema Ausbildung bedarf es Anstrengungen, die alle Parteien in die Pflicht nehmen.

Das sagen die Parteien:

Bildungszeitgesetz

CDU: Die Freistellung soll auf beruflich veranlasste Weiterbildungen beschränkt werden.

Grüne: Verstehen Weiterbildung als Investition ins Arbeitsleben. Das Gesetz soll bleiben.

SPD: Will prüfen, ob sich Ansprüche aus der Bildungszeit »ansparen« und am Stück für Weiterbildung einsetzen lassen. Zudem soll Bildungszeit auch für Azubis gelten.

FDP: Plädiert für Abschaffung. Begründung: Das Gesetz belaste die Unternehmen unnötig und verteuere jeden Arbeitsplatz. Für die eigene Weiterbildung sei der Einzelne verantwortlich.

Linke: Möchte die bestehende Regelung beibehalten.

Gemeinschaftsschule

CDU: Will keine neuen Gemeinschaftsschulen. Die Förderung für die bestehenden soll zurückgefahren werden.

Grüne: Halten an der Gemeinschaftsschule fest und wollen die Ganztagsschule stärken.

SPD: Hält an der Gemeinschaftsschule fest und will die Ganztagsschule stärken.

FDP: Lehnt eine Zwei-Säulen-Struktur ab, über Schulform soll auf kommunaler Ebene entschieden werden.

Linke: Will Gemeinschaftsschulen flächendeckend einführen.

Ausbildung

CDU: Plant zusammen mit Ausbildern, Arbeitgebern und Lehrern die Qualitäts-, Leistungs- und Wissensstandards zu überarbeiten. (Gewerkschaften bleiben außen vor)

Grüne: Wollen gemeinsam mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern zukunftsfähige Aus- und Weiterbildungsstrukturen etablieren.

SPD: Will das »Ausbildungsbündnis Baden-Württemberg« aus Land, Gewerkschaften, Unternehmen und Verbänden fortsetzen. Berufsausbildungen sollen attraktiver werden.

FDP: Will das Angebot an zweijährigen Ausbildungen erweitern.

Linke: Fordert mehr überbetriebliche Ausbildungsplätze. Wer nicht ausbildet, soll zahlen.

Studiengebühren

CDU: Keine Wiedereinführung von Studiengebühren vorgesehen. Diese wären nur im Verbund mit weiteren Ländern sinnvoll.

Grüne: Wollen allen das Studieren ermöglich – und haben deswegen die Studiengebühren abgeschafft.

SPD: Mit ihr wird es auch in Zukunft keine Studiengebühren an den Hochschulen geben.

FDP: Will die Hochschulabsolventen in angemessener Höhe an der Hochschulfinanzierung beteiligen.

Linke: Gebühren in der Erwachsenenweiterbildung (etwa an Volkshochschulen) sollen ebenso wie Studiengebühren entfallen.

So bewertet die IG Metall...

	CDU	Grüne	SPD	FDP	Linke
...die Positionen der Parteien zum Mitte 2015 In-Kraft-getretenen Bildungszeitgesetz:	negativ	positiv	positiv	neutral	positiv
...die Haltungen gegenüber der im Jahr 2012 eingeführten Gemeinschaftsschule:	neutral	positiv	positiv	neutral	positiv
...die geplanten Anstrengungen der Parteien in Sachen Ausbildung:	negativ	positiv	positiv	negativ	neutral
...die Pläne hinsichtlich der abgeschafften Studiengebühren:	positiv	positiv	positiv	negativ	positiv

positiv neutral negativ

Die Bewertung erfolgte in der Gesamtschau der Wahlprogramme mit Blick auf landespolitisch beeinflussbare Themen

LANDTAGSWAHL AM 13. MÄRZ

Gute Arbeit heute und morgen!

Mitbestimmung und Tarifverträge spielen noch eine zu geringe Rolle

Das fordert die IG Metall:

Die Digitalisierung verändert Arbeit grundlegend: Umso wichtiger ist es, dass Mitbestimmung und Tarifverträge bei der Gestaltung der künftigen Arbeitsplätze eine entscheidende Rolle spielen. Die IG Metall will gute Arbeit für Alle erreichen, dazu gehört auch, weiter gegen den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen vorzugehen. Die Leistungsbedingungen müssen alters- und alternsgerechter werden, Arbeitszeiten mehr an den Bedürfnissen des Einzelnen ausgerichtet werden. Wichtige Errungenschaften wie der gesetzliche Mindestlohn dürfen nicht zurückgedreht werden.

Das sagen die Parteien:

Mindestlohn/Tariftreue

CDU: Hält die Dokumentationspflichten beim Mindestlohn für unverhältnismäßig und die Subunternehmerhaftung für in der Praxis nicht durchführbar.

Grüne: Bekennen sich zum Tariftreue- und Mindestlohngesetz.

SPD: Bekennt sich zum Tariftreue- und Mindestlohngesetz.

FDP: Will das europarechtswidrige Mindestlohn- und Tariftreuegesetz (...) und bürokratische Belastungen des Bundes-Mindestlohngesetzes sowie weitere gesetzliche Zumutungen für die Wirtschaft abschaffen bzw. abmildern.

Linke: Möchte das Gesetz perspektivisch weiterentwickeln.

Leiharbeit & Werkverträge

CDU: Das Thema spielt im Wahlprogramm keine Rolle. Sieht offenbar keinen Handlungsbedarf zur Vermeidung von Missbrauch.

Grüne: Wollen sich weiter gegen sachgrundlose Befristungen und den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen einsetzen.

SPD: Will weiter gegen den Missbrauch von Leih- und Zeitarbeit sowie Werkverträgen vorgehen.

FDP: Das Thema kommt im Wahlprogramm nicht vor. Sieht offenbar keinen Handlungsbedarf.

Linke: Will Leiharbeit und grundlos befristete Arbeitsverträge stoppen und unsichere Beschäftigungsverhältnisse durch tariflich geregelte ersetzen.

Digitalisierung

CDU: Betriebe, Sozialpartner und Politik sollen die digitale Arbeitswelt gemeinsam gestalten, so dass Beschäftigte und Unternehmen gleichermaßen profitieren.

Grüne: Halten im digitalen Wandel an tariflich geschützter, sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung fest. Arbeitsrecht und Mitbestimmung sollen angepasst werden.

SPD: Will die digitale Arbeitswelt zum Wohle der Menschen und im Dialog mit allen Beteiligten gestalten und gute Arbeitsbedingungen für alle durchsetzen.

FDP: Reduziert das Thema auf Datenschutz.

Linke: Will Digitalisierung unter anderem für Arbeitszeitverkürzung und steigende Löhne nutzen.

Ältere Arbeitnehmer

CDU: Will sich für die Flexi-Rente einsetzen, damit ältere Arbeitnehmer über die Regelaltersgrenze im Beruf bleiben können. Mehr Arbeitsplätze sollen die besonderen Anforderungen Älterer erfüllen.

Grüne: Beschäftigte sollen bei steigender Arbeitsintensität vor Burnout geschützt werden.

SPD: Will Beschäftigte vor Überlastung schützen und dazu unter anderem den Arbeitsschutz stärken.

FDP: Will ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für ein längeres Verbleiben im Beruf gewinnen.

Linke: Sieht Zunahme von Stress in der Arbeitswelt und will das Sicherungsniveau der gesetzlichen Rente erhöhen.

So bewertet die IG Metall...

	CDU	Grüne	SPD	FDP	Linke
...die Positionen der Parteien zum Tariftreue- und Mindestlohngesetz:	neutral	positiv	positiv	negativ	positiv
...die Haltungen gegenüber dem Einsatz von Leiharbeit und Werkverträgen:	negativ	positiv	positiv	negativ	positiv
...die Überlegungen der Parteien zur zunehmenden Digitalisierung und ihrer Auswirkung auf die Arbeitswelt:	positiv	positiv	positiv	negativ	positiv
...die Pläne hinsichtlich der Beschäftigung älterer Arbeitnehmer/innen:	neutral	positiv	positiv	negativ	positiv

positiv neutral negativ

Die Bewertung erfolgte in der Gesamtschau der Wahlprogramme mit Blick auf landespolitisch beeinflussbare Themen

LANDTAGSWAHL AM 13. MÄRZ

Wirtschaft von und für Menschen!

Immer mehr Parteien sehen in Gewerkschaften einen wichtigen Partner

Das fordert die IG Metall:

Damit die Industrie im Südwesten auch künftig wettbewerbsfähig bleibt, müssen jetzt die richtigen Weichen gestellt werden: Forschung und Entwicklung müssen ebenso gestärkt werden wie die Produktion. Zudem gilt es, in Zukunftstechnologien zu investieren. Die IG Metall befürwortet eine Fortsetzung der aktuellen dialogorientierten Wirtschaftspolitik, die die Belange der Beschäftigten berücksichtigt und Gewerkschaften als gleichberechtigte Partner miteinbezieht. Und sie setzt sich für weitere Verbesserungen in der Infrastruktur vom Straßen- bis zum Breitbandausbau ein.

Das sagen die Parteien:

Rolle der Gewerkschaften

CDU: Sieht eine große Stärke Baden-Württembergs darin, dass Unternehmer, Gewerkschaften und Arbeitnehmer gemeinsam an einem Strang ziehen.

Grüne: Plädieren für einen Dialog auf Augenhöhe zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, Gesellschaft und Politik.

SPD: Will die Gewerkschaften als wichtigen Partner der Landesregierung weiterhin in ihre Vorhaben einbinden und beteiligen.

FDP: Will gemeinsam mit der Wirtschaft Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität sichern.

Linke: Plant eine Arbeitnehmerkammer, die Gewerkschaften sowie Betriebs- und Personalräte berät.

Industriepolitik

CDU: Legt einen Schwerpunkt im Südwesten auf Gründungen und Innovationspolitik.

Grüne: Wollen das Land unter anderem gemeinsam mit der Automobilindustrie zum internationalen Pionierland für nachhaltige Mobilität machen.

SPD: Plant ein umfassendes Maßnahmenpaket zur Industrieansiedlung und für mehr gesellschaftliche Akzeptanz der Industrie.

FDP: Will Mittelstand und Unternehmer stärken und von Bürokratie entlasten.

Linke: Möchte unter anderem Genossenschaften und regionale Wirtschaftskreisläufe stärken.

Mobilität/Straßenbau

CDU: Will in den nächsten fünf Jahren eine Milliarde Euro in Straßen investieren und schließt dabei auch Öffentlich-Private-Partnerschaften (ÖPP) nicht aus.

Grüne: Möchten im Straßennetz das Prinzip »Erhalt vor Aus- und Neubau« fortsetzen. Zudem sollen alle Orte wochentags von 5 bis Mitternacht mindestens stündlich öffentlich angebunden sein.

SPD: Will den Aus- und Neubau von Landesstraßen weiter vorantreiben und nachhaltige Mobilität fördern.

FDP: Plant Konzentration der Mittel auf den Straßenbau.

Linke: Bereits privatisierte Bereiche sollen rekommunalisiert, der Öffentliche-Personen-Nahverkehr ausgebaut und kostenlos werden.

Öffentliche Finanzen

CDU: Will Verschuldungsverbot in der Landeshaushaltsordnung wieder einführen und Steuerautonomie der Länder erhöhen.

Grüne: Bekenntnis zu Schuldenbremse und Haushaltskonsolidierung – aber nicht auf Kosten sozialer und ökologischer Programme.

SPD: Bekenntnis zur Haushaltskonsolidierung und zu Zukunftsinvestitionen; Verbesserung der Einnahmesituation geplant.

FDP: Will Neuverschuldungsverbot in der Landesverfassung verankern und Einnahmen durch Veräußerungen von Landesvermögen erzielen.

Linke: Sieht hohen Investitionsbedarf; will durch Steuerreformen Mehreinnahmen erzielen.

So bewertet die IG Metall...

	CDU	Grüne	SPD	FDP	Linke
...die Sicht der Parteien auf die Rolle von Gewerkschaften:	negativ	positiv	positiv	negativ	positiv
...die Pläne für Industriebranchen in Baden-Württemberg:	positiv	neutral	positiv	negativ	neutral
...die Vorhaben der Parteien in Sachen Mobilität und Straßenbau:	negativ	positiv	positiv	negativ	neutral
...die Aussagen zum Thema öffentliche Finanzen:	negativ	positiv	positiv	negativ	positiv

positiv neutral negativ

Die Bewertung erfolgte in der Gesamtschau der Wahlprogramme mit Blick auf landespolitisch beeinflussbare Themen

LANDTAGSWAHL AM 13. MÄRZ

UNSER FILM ZUR WAHL!
www.bw.igm.de

LANDTAGSWAHL AM 13. MÄRZ

GEMEINSAM FÜR EIN GUTES LEBEN
IG Metall Bezirk Baden-Württemberg

Botschaften der Parteien an die Beschäftigten:

CDU Baden-Württemberg

Gemeinsam. Zukunft. Schaffen. So hat die CDU ihr Regierungsprogramm überschrieben. Wir stehen für Aufbruchstimmung, wir setzen auf Zukunftstechnologien und Innovationen. Wir wollen, dass die Unternehmen im Land mit ihren tüchtigen und gut ausgebildeten Beschäftigten stabiles Fundament für Wachstum und Wohlstand bleiben. Wir werden der Wirtschaft den Freiraum geben, den sie braucht, um sich ohne Reglementierungen entfalten zu können.

Wirtschaft 4.0, der Erhalt der Arbeitsplätze, eine Schulpolitik mit besten Chancen für jedes Kind, Aus- und Fortbildung sind uns wichtig. Es wird wieder ein eigenständiges Ministerium für Wirtschaft, Technologie und digitale Entwicklung geben. Mit einer Innovationsoffensive und gezielter Start-up-Förderung möchten wir neue Perspektiven eröffnen. Den ständigen Dialog mit Arbeitgebern und Gewerkschaften werden wir pflegen, wobei es gilt, Maß und Mitte im Auge zu behalten.

Notwendig ist auch ein Aufbruch in der Verkehrspolitik. Eine Milliarde Euro werden wir in den nächsten fünf Jahren investieren. Und wir wollen, dass Baden-Württemberg das Automobilland schlechthin bleibt. Bei uns dürfen nicht weniger Autos gebaut werden, sondern mehr – umweltfreundlich und technisch an der Weltspitze. Der grüne Verkehrsminister hat auf dem Mobilitätskongress 2014 gesagt: »Wer in Baden-Württemberg noch auf das Automobil setzt, der macht sich lächerlich.« Weiß so jemand, wie viele Arbeitsplätze am Automobil und den Zulieferern hängen?

Wenn es der Wirtschaft gut geht, geht es auch den Menschen gut. Das ist eine Binsenweisheit. Keine Idee, keine Innovation darf verloren gehen. Bundespräsident Theodor Heuss hat unser Land einmal als »Modell deutscher Möglichkeiten« gepriesen. Das soll es wieder werden. Ein Land mit einer pulsierenden Wirtschaft, sicheren Arbeitsplätzen, gerecht bezahlten Arbeitnehmern und soliden Finanzen.

Die CDU will, dass Baden-Württemberg wieder stark wird. Wir haben die besseren Konzepte, und wir machen Lust auf Zukunft.

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Baden-Württemberg

Motivierte, gut ausgebildete Facharbeiter machen Baden-Württemberg zum erfolgreichen Wirtschaftsstandort. Um den Fachkräftebedarf zu sichern, ist die duale Ausbildung unersetzlich. Wir haben deshalb den Unterrichtsausfall an Berufsschulen halbiert und das Fach Wirtschaft und Berufsorientierung eingeführt. Gleichzeitig soll Hochschulbildung auch für diejenigen zugänglich sein, die keine Akademikereltern haben. Darum haben wir die Studiengebühren abgeschafft. Gute Arbeit ist für uns zentral. Deswegen haben wir bei allen Vergaben des Landes den Grundsatz der Tariftreue verankert. Im Zusammenspiel mit den Sozialpartnern wollen wir Aus- und Weiterbildung stärken.

Unsere Schullandschaft soll auf zwei gleichwertigen, durchlässigen Säulen stehen: dem allgemeinbildenden Gymnasien und einer zweiten Säule, bei der sich Haupt-, Werkreal-, Real- und Gemeinschaftsschulen zu integrativen Schulen entwickeln. Dabei setzen wir auf Freiwilligkeit.

Auch künftig werden wir uns gegen sachgrundlose Befristungen und den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen einsetzen. Wenn sich durch die Digitalisierung die Arbeitswelt verändert, müssen Arbeitsrecht und die Mitbestimmung angepasst werden. Für uns verliert tariflich geschützte, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung auch im digitalen Wandel nicht an Bedeutung. Der Wirtschaftsstandort braucht eine leistungsfähige Infrastruktur vor allem bei Straße und Breitband. Dank Rekordinvestitionen in Straßen, dem Prinzip »Erhalt vor Aus- und Neubau« und der Breitband-Offensive 4.0 steht unser Land heute wesentlich besser da als vor fünf Jahren.

Die wirtschaftliche Stärke des Autolandes wollen wir erhalten und es zum internationalen Pionierland für nachhaltige Mobilität machen.

Baden-Württemberg ist unter der grün-geführten Landesregierung zum Treiber der Energiewende geworden. Diesen Weg gehen wir weiter. Nur wenn sich die Energiewende betriebswirtschaftlich lohnt, werden weitere Länder nachziehen. Hier müssen wir mit grünen Ideen schwarze Zahlen schreiben.

SPD Baden-Württemberg

Baden-Württemberg steht glänzend da. Die Arbeitslosigkeit ist auf dem niedrigsten Stand seit 17 Jahren. Unsere Wirtschaft ist stetig gewachsen und hervorragend aufgestellt, um die Chancen der Digitalisierung zu nutzen. Kein Bundesland investiert mehr in Forschung und Entwicklung, keine Region in Europa ist innovativer.

Damit das so bleibt, haben wir die »Fachkräfteallianz« ins Leben gerufen. Denn die Stärke unseres Standorts verdanken wir vor allem den fähigen Händen und den klugen Köpfen, den Fachkräften in unserem Land, die Tag für Tag Außergewöhnliches leisten. Unser Ziel für die kommende Legislaturperiode: eine Ausbildungsplatzgarantie für jeden jungen Menschen. Auch die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Ausbildung ist uns ein Anliegen. Deshalb werden wir den Weg, über die Ausbildung einen Meisterabschluss zu erlangen, attraktiver gestalten und die teils hohen Gebühren bei der Meisterausbildung mit Hilfe von Landesmitteln im Dialog mit den Betrieben, Verbänden und Innungen absenken und langfristig abschaffen.

Baden-Württemberg soll ein Musterland für gute Arbeit sein. Mit dem Landestariftreue- und Mindestlohngesetz und dem »Landesprogramm für gute und sichere Arbeit« sind wir diesem Ziel bereits ein gutes Stück näher gekommen. Diesen Weg setzen wir fort. Dazu gehört der Schutz des Mindestlohns, aber auch die Bekämpfung von Leiharbeit und des Missbrauchs von Werkverträgen.

Gleichzeitig wollen wir Bedingungen weiter verbessern, die die Unternehmen für wirtschaftlichen Erfolg benötigen. Das heißt, dass wir Handwerk und Mittelstand auch künftig in den Mittelpunkt unserer Wirtschaftsförderung stellen und mit einer konsequenten Umsetzung der »Industrieperspektive 2025« dafür sorgen, dass eine starke Industrie auch in Zukunft Stütze für Wertschöpfung und Beschäftigung bleibt.

Mit der Allianz »Wirtschaft 4.0« und dem Breitbandausbau werden wir die Unternehmen auf dem Weg der Digitalisierung begleiten und dafür sorgen, dass die Arbeitsplätze der Zukunft hier in Baden-Württemberg entstehen können.

Freie Demokraten FDP

Baden-Württemberg gehört zu den wirtschaftlich stärksten Regionen in Europa. Unsere Wirtschaftskraft entsteht, weil Menschen erfolgreich Waren und Dienstleistungen entwickeln und herstellen. Dies ist das Ergebnis unzähliger Einzelentscheidungen, die täglich getroffen werden. Leistungsbereitschaft, Kreativität, Innovationskraft und der Fortschrittswille von Arbeitnehmern und Unternehmern sind die Grundlage für jenen wirtschaftlichen Erfolg, der zu diesem Wachstum führt.

Dabei ist unser Land vom Mittelstand geprägt. Unternehmer und Familienunternehmen, die Verantwortung für sich, ihre Mitarbeiter und ihre Region übernehmen. Unternehmer, die selber gestalten möchten – die Gegenwart und die Zukunft! Die Unternehmer und Existenzgründer in unserem Land sollen in einem positiven Klima des Miteinanders arbeiten und starten können.

Wirtschaft braucht auch stabile Rahmenbedingungen, sie braucht aber keine Regulierungswut und Ordnungswahn. Ein schlanker Staat, der es den Menschen einfach macht, ist dabei unser Leitbild. Aus- und Weiterbildung sind wichtige Grundpfeiler für gute Arbeit. Wir wollen unser weltweit bewundertes duales Ausbildungssystem wieder in den Fokus rücken. Wir wollen Weiterbildungssysteme modernisieren, sodass jeder Mensch die Bildungsanteile erwerben kann, die für seine persönlichen Ziele wichtig sind. Dazu brauchen wir aber keine Zwangsmaßnahmen.

Wir lehnen das von der grün-roten Landesregierung eingeführte »Bildungsfreistellungsgesetz« ab, da unsere Betriebe bereits heute ein großes Interesse daran haben, ihre Mitarbeiter gut aus- und weiterzubilden. Mit solchen Maßnahmen wird den Betrieben nicht nur Misstrauen entgegengebracht, sondern es werden bürokratische Hürden aufgebaut, wo wir, unserer Überzeugung nach, keine brauchen.

Wir stärken die Wirtschaft, die Unternehmer und die Mitarbeiter durch weniger Bürokratie, weniger Vorschriften und mehr Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Ausbildung.

DIE LINKE.

DIE LINKE steht für Baden-Württemberg plus sozial. Weil …

… sie Druck für gute Arbeit macht. Arbeit, von der man leben kann und die eine Rente schafft, mit der man nicht in die Altersarmut geht. DIE LINKE will Leiharbeit, grundlose Befristungen und den Missbrauch von Werkverträgen stoppen. Nur DIE LINKE setzt sich dafür ein, öffentliche Aufträge an soziale und tarifliche Mindeststandards zu binden. Streiks wollen wir weiterhin unterstützen und ihnen im Landtag eine Stimme geben.

… sie einen Plan für bezahlbare Mieten hat. DIE LINKE fordert öffentliche Investitionen des Landes in bezahlbaren Wohnraum und will wirksame Obergrenzen für Mietsteigerungen einführen.

… sie für Respekt und gute Löhne in Pflege und Gesundheit steht. DIE LINKE will Schließungen und Privatisierungen von Krankenhäusern verhindern. Gute Löhne und mehr Personal in Gesundheit und Pflege – das ist im Interesse aller.

… alle eine Chance auf gute Bildung haben müssen. Schulerfolg und Studium dürfen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein. Statt größenwahnsinniger Bauprojekte wie Stuttgart 21 fordert DIE LINKE mehr Geld für Bildung, kleinere Schulklassen, gebührenfreie Kitas und eine kostenfreie warme Mahlzeit in Schulen.

… sie als einzige Partei Privatisierungen und TTIP wirklich stoppen will. Wohnungen, Energie und Nahverkehr gehören ebenso wie Gesundheit und Bildung zur öffentlichen Daseinsvorsorge. DIE LINKE lehnt Privatisierungen und das Freihandelsabkommen TTIP anders als Kretschmann und die SPD eindeutig ab.

… sie für ein weltoffenes und soziales Baden-Württemberg streitet. DIE LINKE will Rassismus und Rechtspopulismus bekämpfen und die Demokratie stärken. Menschen in Not muss man helfen. Fluchtursachen verschwinden nicht dadurch, dass wir die Grenzen schließen.

DIE LINKE fordert als Antwort auf die Überforderung der Kommunen eine Investitionsoffensive, die allen Menschen zu Gute kommt: für bezahlbare Wohnungen, für mehr Kitaplätze und gute Schulen.

Herausgeber: IG Metall Bezirksleitung Baden-Württemberg, Stuttgarter Straße 23, 70469 Stuttgart, Verantwortlich: Roman Zitzelsberger, Redaktion/Gestaltung: Petra Otte, Telefon (0711) 16581-0, Fax (0711) 16581-30, Fotos: IG Metall; E-Mail: bezirk.baden-wuerttemberg@gmetall.de, www.bw.igm.de Druck: agm AG, Darmstadt

metallnachrichten

» Eine Information für die Beschäftigten in Baden-Württemberg www.bw.igm.de Nr. 4 / 3. März 2016

Wahlprogramme
Die Pläne zu Bildung, Arbeit und Wirtschaft im Vergleich
Seiten 2, 3 und 4

Wahlbotschaften
Botschaften der Parteien an die Beschäftigten
Seiten 5 und 6

Zukunft wählen!

Warum es sich lohnt, für Baden-Württemberg zu stimmen

Wie leben und arbeiten die Menschen im Südwesten in den nächsten Jahren? Der Vergleich der Wahlprogramme zeigt – es lohnt sich, mitzubestimmen.

Für Beschäftigte geht es am 13. März um ihre künftigen Arbeitsbedingungen: Digitale Technologien verändern die Arbeitswelt, Aus- und Weiterbildungen werden wichtiger denn je, zukunftsträchtige Wirtschaftsfelder müssen vor Ort angesiedelt werden – um nur ein paar Beispiele von vielen zu nennen.

Diese Herausforderungen wollen die im Land- beziehungsweise Bundestag vertretenen Parteien CDU, Grüne, SPD, FDP und Linke ganz unterschiedlich angehen. Der häufige Vorwurf, die Parteien seien im Grunde austauschbar, entpuppt sich nach einem Vergleich der Wahlprogramme als haltlos, im Gegenteil: Die Unterschiede sind teils immens. Das bezieht sich einerseits auf inhaltliche Positionen zu aus IG Metall-Sicht wichtigen Themen, aber auch auf die Haltung gegenüber den Gewerkschaften.

Unterschiedliche Positionen

Die folgenden Seiten liefern einen Überblick über die Positionen in der Bildungs-, Arbeits- und Wirtschaftspolitik. Zur Orientierung sind diese mit einer Bewertung der IG Metall versehen.

Die AfD wurde in diesen Vergleich bewusst nicht eingebunden: Ihre öffentlich geäußerten Ansichten zum Umgang mit Flüchtlingen sind menschenverachtend und nicht mit einer toleranten Gesellschaft vereinbar, für die auch die IG Metall steht.

Die AfD-Partei-Programmatik vermischt ein rückwärtsgewandtes Gesellschaftsbild mit neoliberaler Wirtschaftspolitik. Und ihre angeblichen Konzepte zur Lösung der Flüchtlingskrise verlagern die Probleme lediglich auf andere Länder.

AfD ist keine Alternative

Die Flüchtlingspolitik fehlt in dem Vergleich, da grundsätzliche Fragen des Asylsrechts auf Bundesebene zu klären sind. Trotzdem stellt das Thema die Parteien im Land vor Herausforderungen – beim öffentlichen Wohnungsbau, dem Zugang zu Sprachkursen und der Integration in den Arbeitsmarkt. Bei Kritik im Detail hat die Landesregierung hierbei bisher einen guten Job gemacht. Darauf muss die nächste Regierung aufsetzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wer nicht wählt, wird trotzdem regiert – und stärkt mit seiner Enthaltung in aller Regel extreme und rechtspopulistische Parteien.

Deshalb bitte ich Euch, von Eurem demokratischen Grundrecht Gebrauch zu machen und am 13. März Eure Stimme im Sinne der Beschäftigten abzugeben.

Von einer zukünftigen Landesregierung erwarten wir auch weiterhin einen Dialog auf Augenhöhe und eine hohe Priorität gegenüber Arbeitnehmer-Interessen!

Euer Roman Zitzelsberger,
Bezirksleiter für Baden-Württemberg

Am 13. März ist Landtagswahl
Wählen gehen!

WER NICHT WÄHLT, KRIEGT IRGENDWAS.

LANDTAGSWAHL AM 13. MÄRZ BADEN-WÜRTTEMBERG